

21. August 2020

Stellungnahme

zur

Ackerbaustrategie 2035

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat den Entwurf einer „Ackerbaustrategie 2035“ öffentlich zur Diskussion gestellt. Damit sollen mittel- bis langfristig für die Grundlagen der Ernährung in Deutschland Perspektiven für einen produktiven und vielfältigen Pflanzenbau aufgezeigt werden.

Die DWA begrüßt grundsätzlich die Initiative für eine Ackerbaustrategie 2035. Viele der darin behandelten Themenfelder sind gut strukturiert und stellen transparent die aktuelle Situation, bestehende Konfliktbereiche und künftige Handlungsstrategien dar. Die gleichmäßige Abbildung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Belange –wie angestrebt– gelingt nur teilweise. Die Aufnahme von klaren Zielen und Zwischenzielen wäre sinnvoll.

Aus Sicht der DWA sollten insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden:

Gesamte Wertschöpfungskette landwirtschaftlicher Produkte betrachten:

Ein wichtiges Ziel der Ackerbaustrategie ist es, zukünftig nachhaltigen, d.h. ökologisch verträglicheren, Ackerbau zu betreiben und dafür Wege und Optionen aufzuzeigen. Dies ist notwendig; bereits eingeschlagene Wege in diese Richtung müssen konsequent fortgesetzt werden. Um insgesamt eine spürbare Verminderung der Umweltbelastungen der intensiven Landwirtschaft zu erreichen, muss bei allen landwirtschaftlichen Produkten die gesamte Wertschöpfungskette betrachtet werden. Dies ist in der Ackerbaustrategie nur im Handlungsfeld *Kulturpflanzenvielfalt und Fruchtfolge* mit der Förderung geeigneter Absatz- und Vermarktungsmöglichkeiten angesprochen, gilt jedoch für alle Handlungsfelder gleichermaßen. Zum Beispiel verhindert die seit Jahren kritisierte Ausrichtung der Weizenpreisbildung am Proteingehalt, dass die Stickstoffspätdüngung standort- und bedarfsgerecht reduziert und damit die Stickstoffausträge entsprechend vermindert werden können. Positives Gegenbeispiel ist das Projekt „[Wasserschutzbrot](#)“ in Bayern. In allen Handlungsfeldern sind daher partizipative Problemlösungsstrategien zu entwickeln, die nachhaltige Verhaltens- und Bewirtschaftungsänderungen in der Landwirtschaft ermöglichen. Dies ist insbesondere in den Leitlinien der Ackerbaustrategie ergänzend zu verankern und betrifft gerade auch das Handlungsfeld 11 „Landwirtschaft und Gesellschaft“.

Exportausrichtung auf Kosten von Umweltbelastungen vermeiden:

Die intensive Landwirtschaft führt im dichtbesiedelten und an landwirtschaftlicher Fläche knappen Deutschland in vielen Regionen zu Belastungen der Umwelt. Dabei sind insbesondere die Schutzgüter Boden und Wasser betroffen. Ein zentrales Problem bleibt vor allem in den Veredlungsregionen der zu hohe Nährstoffanfall aus der intensiven Tierhaltung, was zu einem Entsorgungsproblem für Wirtschaftsdünger führt. Kennzeichnend dabei ist, dass immer weniger landwirtschaftliche Betriebe immer mehr Tiere halten und damit die verfügbare Fläche für eine umweltverträgliche Ausbringung der organischen Dünger immer knapper wird. In Regionen mit intensiver Tierhaltung folgt daraus zudem ein hoher Anteil an Futtermittelproduktion, insbesondere von Mais, der aufgrund der gezielten Förderung der Biogasproduktion noch zusätzlich gesteigert wurde. Hier bedarf es eines grundsätzlichen

Umdenkens in der Agrarpolitik und eine Umkehr des Strukturwandels in Richtung auf mehr Nachhaltigkeit. Eine zukunftsweisende Ackerbaustrategie sichert die Einhaltung der ökosystembedingten Belastungsgrenzen. Dies gelingt in der vorliegenden Fassung der Strategie nur teilweise.

Die Landwirtschaft und der Ackerbau im Besonderen liefern einen maßgeblichen Beitrag zur sicheren Nahrungsmittelversorgung in Deutschland. Der regionale Anbau und die regionale Vermarktung von Lebensmitteln kann in aller Regel nachhaltig gestaltet werden. Als weltweit drittgrößter Agrarexporteur setzt verantwortungsbewusstes Handeln jedoch voraus, dass die Erlöse aus dem internationalen Handel nicht auf Kosten der Umwelt erwirtschaftet werden. Nach der Ackerbaustrategie ist die Landwirtschaft aber auch zukünftig auf Export ausgerichtet. Grundlage jeglicher landwirtschaftlicher Produktion und speziell für den Ackerbau muss sein, dass flächendeckend die geltenden Umweltstandards, namentlich die Umweltqualitätsnormen (z. B. der in der GrwV festgelegte Schwellenwert von 50 mg Nitrat/l im Grundwasser), eingehalten werden. Dies erfordert einen grundlegenden Paradigmenwechsel, der in erster Linie bei der steigenden Exportorientierung der tierischen Veredelung ansetzen muss, aber auch Auswirkungen auf den Ackerbau hat.

Grundsätzlich ist dafür Sorge zu tragen, dass die Intensität der Landbewirtschaftung soweit reduziert wird, dass die geltenden Grenzwerte sicher eingehalten werden, insbesondere in Regionen mit Überschreitungen von stofflichen Belastungen von Böden und Gewässern. Dies wird dann gelingen, wenn die Landwirte auch bei geringerer Bewirtschaftungsintensität noch ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften können, z. B. durch regionale Vermarktungs- und Absatzwege. Daher ist die gesamte Wertschöpfungskette in diesen Prozess einzubinden.

Handlungsfeld 3 „Düngung“:

Beim „Handlungsfeld Düngung“ erscheinen die Ziele nicht ausreichend ambitioniert. Ziel muss es sein, Nährstoffüberschüsse zu vermeiden und nicht nur zu reduzieren. Insbesondere erscheint das Ziel (Ziffer 1), die Nitratbelastungen im Grundwasser mit der Perspektive 2035 entsprechend der Nitratrichtlinie auf unter 50 mg Nitrat pro /l zu reduzieren, wie hier konstatiert wird, nicht richtig formuliert, da dieser Wert bereits seit Jahren verbindlich gilt. Deshalb sind hier konkrete Ziele zu definieren, die zeitnah umgesetzt werden müssen. Die DWA schlägt dazu die Ausweisung von maximalen Nitratverlustmengen aus der Landwirtschaft, ähnlich wie beim Parameter Ammoniak vor (vgl. NEC-Richtlinie).

Es sollte zudem das Ziel ausgegeben werden, die Tierhaltung sowie den Betrieb von Biogasanlagen zeitnah an den Nachweis ausreichender Flächen zu koppeln und die flächenunabhängige Veredelung zu beenden. Kann der Nachweis ausreichender Flächen nicht geführt werden, kommen neben der Reduzierung der Tierbestände auch die fachgerechte Entsorgung oder Behandlung in Betracht.

Die vorgesehenen Maßnahmen zur Optimierung der Düngung sind unzureichend. Die genannten sinnvollen Maßnahmen zur Steigerung der Nährstoffeffizienz sollten durch den Aspekt ergänzt werden, dass die regionalen Standortbedingungen, insbesondere das Stickstoff-Nachlieferungsvermögen der Böden, deutlich stärker als bisher zu berücksichtigen sind. Hierdurch ergeben sich erhebliche Einsparpotentiale sowie eine Steigerung der Düngeeffizienz und zugleich eine Verminderung der Nährstoffüberschüsse und eine geringere Auswaschungsgefährdung von Nährstoffen aus dem Boden in das Grundwasser.

Beim „Handlungsfeld Düngung“ sind die drei Indikatoren (Flächenbilanz, Stoffstrombilanz, Nitratgehalt im Grundwasser) so zu konkretisieren, dass die vorgeschriebenen

Umweltqualitätsnormen, z.B. die Einhaltung einer Nitratkonzentration von 50 mg/l im Grundwasser, auch tatsächlich sichergestellt werden. Die derzeitige Praxis, dass z.B. bei der Stoffstrombilanz Nährstoffüberschüsse von bis zu 175 kg N/ha toleriert werden, die zu einer mehrfach höheren Grundwasserbelastung führen, ist nicht akzeptabel und stellt so den Sinn der Indikatoren in Frage. Im Ackerbau ist die maximale Stickstoffzufuhr über organische Dünger grundsätzlich auf 120 kg Stickstoff je Hektar und Jahr (nach Abzug der Stall- und Lagerungsverluste) zu begrenzen, um eine umweltverträgliche und gewässerschonende Anwendung der organische Dünger zu ermöglichen¹.

Beim „Handlungsfeld Düngung“ erscheinen aufgeführte „innovative“ Maßnahmen (Verstärkung der Forschung zum Stickstoffkreislauf, Modellvorhaben zum Nitratmonitoring) als weitestgehend umgesetzt. Es besteht seit vielen Jahren hierzu kein Forschungs- oder Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit, welches infolge der Ackerbaustrategie 2035 zeitnah beseitigt werden müsste.

Handlungsfeld 4 „Pflanzenschutz“:

Die Darstellung der Ausgangslage und Problemstellung vernachlässigt die Tatsache, dass viele zugelassene Pflanzenschutzmittelwirkstoffe sowie deren Metabolite trotz umfangreichem und langwierigem Zulassungsverfahren nach wie vor in Oberflächengewässern und im Grundwasser gefunden werden. Der LAWA PSM-Bericht zur Grundwasserbeschaffenheit (2019) zeigt, dass es sich bei 20 am häufigsten nachgewiesenen PSM-Wirkstoffen und relevanten Metaboliten überwiegend um Herbizide handelt. Daher ist bei den Indikatoren und Maßnahmen stärkeres Gewicht auf die Vermeidung bzw. den Ersatz von problematischen persistenten Wirkstoffen zu legen, auch aufgrund der ansteigenden Fundhäufigkeiten der nicht relevanten Metabolite. Eine Verzahnung dieses Handlungsfeldes mit dem „Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutzmittel“ (NAP) ist notwendig.

Insgesamt sollte die Ackerbaustrategie mit den strategischen Ansätzen im Umweltbereich, z. B. der Nationalen Wasserstrategie oder auf europäischer Ebene mit entsprechenden Konzepten im Rahmen des Green Deal, harmonisiert werden.

Kontaktadresse:

Bauass. Dipl.-Ing. Johannes Lohaus
Sprecher der Bundesgeschäftsführung der DWA

DWA

Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V.

Theodor-Heuss-Allee 17, 53773 Hennef

Tel.: + 49 2242 872-110

Fax: + 49 2242 872-8250

E-Mail: lohaus@dwa.de

www.dwa.de EU-Transparenzregister: 227557032517-09

¹ Vgl. DWA-Arbeitsblatt A 912, inhaltsgleich mit Arbeitsblatt DVGW-Arbeitsblatt W 104 (2019), vgl. auch VDLUFA, 2012.